

## **6. Landesjugendhilfeausschuss Mecklenburg-Vorpommern (LJHA)**

### **Protokoll**

**der 17. Sitzung des 6. LJHA am 30.10.2014**

**Ort:** Landesamt für Gesundheit und Soziales M-V  
Zentralabteilung, Raum 328  
Erich-Schlesinger Str. 35  
18059 Rostock

**Beginn:** 09.30 Uhr

**Ende:** 14:00 Uhr

**Leitung:** Herr Heibrock, Vorsitzender

**Protokoll:** Frau Siegert, KSV M-V, Landesjugendamt

### **Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung der 17. Sitzung
3. Protokollkontrolle der 16. Sitzung
4. Konzept zur Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit vom Rechtsextremismus in M-V
5. Beschluss zur Stellungnahme zum Schreiben des Landkreises zu integrativen Horten
6. Beschluss zur universitären Sozialpädagogik / Sozialarbeit in M-V
7. Stellungnahme zu den „Empfehlungen zur Ausgestaltung der Schulsozialarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule in M-V“
8. Satzung des Landesjugendamtes vom 07.01.2000; Prüfungsvermerk des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales
9. Beschluss zur Satzung des Landesjugendamtes
10. Weiterarbeit der Unterausschüsse des LJHA
11. Bildung einer ad hoc AG zu Erfahrungen mit dem Aufgabenübertragungsgesetz
12. Berichte
13. Termine des LJHA für das Jahr 2015
14. Sonstiges
  - Tagesordnung/Themen der 17. Sitzung des 6. Landesjugendhilfeausschusses M-V am 11.09.2014 in Güstrow

## **Anwesenheit:**

Die Anwesenheitsliste der 17. Sitzung wird als Anlage „Teilnehmerliste“ dem Protokoll beigelegt.

## **TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses, Herr Heibrock, eröffnet die 17. Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Anwesenden. Die Beschlussfähigkeit des Landesjugendhilfeausschusses ist mit 9 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern/Stellvertreter/Innen gegeben.

## **TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung ist mit der Einladung zugegangen.

In der 16. Sitzung des LJHA am 19.06.2014 TOP 8 wurde beschlossen eine Ad Hoc AG zu gründen. Der Vorsitzende erfragt, ob diese bereits getagt hat. Dies wird von den Mitgliedern verneint. Hierzu soll Frau Lehm, als federführendes Mitglied angesprochen werden.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

## **TOP 3 Protokollkontrolle der 16. Sitzung LJHA**

Das Protokoll der 16. Sitzung vom 19.06.2014 wird ohne Änderungen einstimmig bestätigt.

## **TOP 6 Beschluss zur universitären Sozialpädagogik / Sozialarbeit in Mecklenburg-Vorpommern (verantwortlich Herr Prof. Prüß, BV 02/17/14)**

Der TOP 6 wird vorgezogen, aufgrund fehlenden Berichterstatter der vorherigen Punkten.

Herr Prüß führt in das Thema ein. Nach der Vorstellung der Beschlussvorlage bittet Herr Prüß den LJHA die Ministerin auf ihre Verantwortung für die Hochschulen aufmerksam zu machen, insbesondere auf die derzeitige Situation an den Hochschulen in unserem Land ist. Die Ministerin sollte mit dem Minister Herrn Brodkorb zu diesem Thema ins Gespräch kommen.

Herr Dembski unterstützt das Vorhergesagte. Es wird viel über die Situation geredet, Probleme jedoch nicht beseitigt. Es konnte festgestellt werden, dass das Förderprogramm nicht funktioniert. Außerdem ist es wichtig zu überlegen, wie es nach dem Auslaufen der ESF-Förderung mit der Schulsozialarbeit im Bereich Jugend und Schule weitergehen soll.

Der Vorsitzende schlägt vor, ein Begleitschreiben an das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales zu versenden sowie die Ministerin zu einer der nächsten Sitzungen des LJHA einzuladen.

Frau Gajek bittet um Zusendung der Kopie des Schreibens an den Sozialausschuss.

**Die Beschlussvorlage BV 02/17/14 wird einstimmig beschlossen**

**TOP 4 Konzept zur Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit vom Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern (verantwortlich Frau Schmidt, Landeszentrale für politische Bildung)**

Frau Schmidt berichtet über das Konzept. Die Power-Point-Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

Nach dem Bericht folgt eine Diskussion der Mitglieder.

Herr Dembski betont, dass die Sportvereine als Ansprechpartner angesprochen werden sollten. Außerdem gibt es rechtsextreme Trainer sowie Anfragen rechtsextreme Sportvereine zu gründen. Dies sollte auch bedacht werden.

Frau Schmidt bekräftigt, dass dies auch das Ziel des Projektes ist. Sportvereine sowie Freiwillige Feuerwehr sollen ins Boot geholt werden.

Frau Gajek erkundigt sich, wie die Erkenntnisse bei den 5 begleiteten Aussteigern sind.

Frau Schmidt berichtet, dass diese zum Anfang der Ausbildung durch qualifizierte Kollegen begleitet wurden. Für die Aussteiger war dies ein schwieriger Prozess, da sie zum Anfang als Rechtsradikale bei den Ausbildungsstellen erkannt wurden.

Frau Löhr erfragt, ob für die Sozialpädagogen eine Fort- und Weiterbildung stattfindet.

Frau Schmidt teilt mit, dass bereits 700 Kollegen aus Kinder und Jugendeinrichtungen, Jugendklubs etc. sich fortbilden lassen. Es gibt zwei Kollegen, die die Fortbildung durchführen. Dieser Bereich befindet sich im Ausbau und soll bis 2020 erweitert werden.

Frau Brockmann erfragt, wie der Umfang der Weiterbildungen ist.

Frau Schmidt berichtet, dass es verschiedene Modelle der Fortbildungen gibt. Es gibt 2 bis 3 Tage Fortbildungen aber auch solche, die über mehrere Wochen gehen.

Frau Dellin berichtet, dass sich der LK NWM bereits mit dem Problem auseinandergesetzt hat. Es gab viele Bundesprogramme zu dieser Problematik.

Frau Schmidt teilt mit, dass die Wohlfahrtsverbände ein großes Fortbildungsprogramm für Erzieher für das Jahr 2016 planen.

Zum Schluss betont Frau Löhr, dass die Konzeptionierung von Fort- und Weiterbildungen im Land weiterentwickelt werden soll. Es wurden bereits Multiplikatoren geschult, dies bringt mehr Wirkung. Dazu eignen sich die Leiter der Einrichtungen am besten.

**TOP 5      **Beschluss zur Stellungnahme zum Schreiben des Landkreises zu integrativen Horten (verantwortlich Frau Lehm, BV 01/17/14)****

Frau Mönch-Kalina erklärt, dass aus Versehen verkehrte Unterlagen versandt worden sind. Frau Lehm verteilt die korrekte Stellungnahme an die Mitglieder. Frau Mönch-Kalina stellt die Änderungen des Schreibens vor und betont, dass es einen dringenden Handlungsbedarf in diesem Bereich gibt. Die Beratung der beteiligten Parteien soll vorangetrieben werden, um die Leistungstypen mit den Kosten zu bilden.

Frau Lehm betont, dass der Hort die Aufgaben nicht erfüllen kann. Es werden standardisierte Horte benötigt.

Frau Löhr berichtet, dass die Einsetzung der Integrationshelfer bei nahe explodiert. Es gäbe bis zu 7 Integrationshelfer in einem Hort, die nicht zu der Einrichtung gehören.

Herr Rabe betont, dass der Brief nicht an einzelne Person (hier Herr Schmidt vom LKT) gerichtet werden soll, sondern an alle Vertragspartner. Außerdem soll ein Leistungstyp definiert werden. Welche Form der Hilfe ist die Richtige?

Frau Mönch-Kalina erkundigt sich, wie es mit dem Brief bzw. Stellungnahme weitergeht? Herr Heibrock schlägt dem Unterausschuss vor, die Stellungnahme versandfertig zu ändern. Sie soll an alle Vertragspartner gerichtet werden und dem LJHA vorgelegt werden, damit sie durch den LJHA versandt werden kann.

Frau Löhr erklärt, dass dies auch nachrichtlich an alle JA-Leiter sowie SA-Leiter versandt werden soll.

**Die Beschlussvorlage 01/17/14 wird einstimmig beschlossen.**

**Top 7      **Stellungnahme zu den „Empfehlungen zur Ausgestaltung der Schulsozialarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule in Mecklenburg-Vorpommern“ (verantwortlich Frau Brockmann, BV 04/17/14)****

Frau Brockmann führt in das Thema ein und stellt die Beschlussvorlage vor.

Herr Wergin bedankt sich für die breite Beteiligung von Verbänden und Ausschüssen an der 3. Änderungsfassung der Empfehlungen zur Schulsozialarbeit. Der LJHA sowie der Unterausschuss 2 „Kinder- Jugendhilfe/Bildung“ haben sich beteiligt, um den Entwurf der interministeriellen Projektgruppe Schulsozialarbeit zu überarbeiten.

Es wurden weiterhin Vorschläge von Landkreisen sowie kreisfreien Städten, von der VuV und dem Landesfachverband des Schulsozialarbeiter/Innen ausgewertet und ein-

gearbeitet; eine weitere Sitzung der interministeriellen Projektgruppe Schulsozialarbeit ist am 07.11.2014 geplant, sie fertigt dann einen abschließend en Text.

Danach wird das Papier Ministerin Hesse sowie Minister Brodkorb zur Schlusszeichnung vorgelegt werden.

Die Beschlussvorlage 04/17/14 wird wie folgt ergänzt bzw. korrigiert:

- 1. Im Satz 1 werden zwei Wörter eingefügt **zu empfehlen**. „Der Landesjugendhilfeausschuss M-V beschließt, dem Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales **zu empfehlen** (weiter wie im Text)
- 2. Satz 3. die Jahre „2016 und 2017“ werden auf „**2015 und 2016**“ geändert
- 3. In der Begründung unter Punkt 3 wird das Wort **nicht** eingefügt „ Die Fachaufsicht soll „nicht“ in Teilen auf den Schulleiter übertragbar sein“

**Nach den Ergänzungen bzw. Korrekturen wird die Beschlussvorlage mit einer Enthaltung beschlossen.**

#### **TOP 10      Weiterarbeit der Unterausschüsse des LJHA (verantwortlich Hr. Heibrock)**

Herr Heibrock berichtet, was bis jetzt zu diesem Thema unternommen wurde.

Es wurde ein Schreiben an Frau Syrbe, der Vorsitzenden des Kommunalen Sozialverbandes M-V, gesandt. Außerdem gäbe es ein Schreiben von Herrn Rabe an alle Mitglieder der Unterausschüsse. Des Weiteren gibt es eine Anfrage im Landtag von Frau Bernhard. Frau Syrbe wurde erneut angeschrieben. Es folgte ebenso ein Schreiben des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales von Herrn Bley an den KSV.

Dieses Thema wurde bereits im Sozialausschuss beraten und soll bei der nächsten Sitzung am 05.11.14 nochmals thematisiert werden. Herr Rabe soll hierzu eine Einladung erhalten.

Frau Mönch-Kalina betont, dass der Unterausschuss 1 „Kindertageseinrichtungen/Tagespflege“ bereits für das ganze Jahr Termine geplant hat. Trotz derzeitiger Situation hat der UA eine Sitzung durchgeführt, ohne Erstattung der Fahrkosten der Mitglieder.

Die Raumorganisation sowie Geschäftsstelle für die Unterausschüsse kann nicht von den Mitgliedern realisiert werden. So kann der UA höchstens einmal im Jahr tagen.

Frau Lehm berichtet, dass der UA 1 eine Beschlussvorlage zur Ausfinanzierung der UA beschlossen hat.

Herr Dembski erklärt, dass es ohne Ausfinanzierung der UA nicht funktionieren kann.

Frau Dellin ergänzt, dass das Problem rein rechtlich betrachtet werden soll. Die Frage der Satzung des LJA muss besprochen werden.

Herr Heibrock teilt mit, dass die frühere Satzung keine Bindungskraft beim KSV hat.

**TOP 8 Satzung des Landesjugendamtes vom 07.01.2000, Prüfungsvermerk des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales (verantwortlich Herr Heibrock)**

Herr Heibrock berichtet, dass die Satzung vom 23.03.2006 geändert wurde. Dabei wurde aber versäumt, diese sowie die Außerkraftsetzung zu veröffentlichen. Der KSV hat Satzungsautonomie. Diese beruht auf der Grundlage des SGB VIII sowie dem AufZuG.

Herr Dembski fragt nach den inhaltlichen Differenzen. Sind es zu viele Unterausschüsse? Der KSV soll sich hierzu positionieren.

Herr Rabe erklärt, dass bei der Verbandsversammlung nicht ausdiskutiert wurde, ob es zu viele oder zu wenige UA gibt. Bei der nächsten Verbandsversammlung am 17.11.14 soll dieses Thema nochmals diskutiert werden.

Herr Dembski betont, dass es sich um eine Amtspflichtverletzung handelt.

Frau Lehm weist auf das Kommunale Sozialverband Gesetz M-V hin.

**TOP 9 Beschluss zur Satzung des Landesjugendamtes (verantwortlich Frau Lehm, BV 03/17/14)**

Der Vorsitzende stellt fest, dass es keine Beschlussfähigkeit mehr gegeben ist. Die Beschlussvorlage wird von Frau Lehm geändert und an Frau Siegert versandt.

**TOP 11 Bildung einer Ad Hoc Arbeitsgruppe zu Erfahrungen mit dem Aufgabenübertragungsgesetz M-V, Bereich Jugendhilfe (verantwortlich Herr Heibrock)**

Herr Heibrock erklärt, dass das Thema aus der letzten Sitzung des LJHA resultiert. Folgende Mitglieder melden sich zur Mitarbeit an der Arbeitsgruppe:

- Frau Lehm
- Frau Brockmann
- Frau Theil
- Herr Rabe.

Der Vorsitzende beschließt, das Thema bei der nächsten Sitzung noch mal zu thematisieren. Herr Wergin merkt an, dass die Vertragspartner der öffentlichen Jugendhilfe auch an der AG teilnehmen sollen.

**TOP 12 Berichte**

Herr Rabe berichtet, dass die BAGLJÄ vom 12.11.-14.11.2014 in Schwerin tagt. Herr Rabe wird darüber in der nächsten Sitzung des LJHA berichten.



Herr Wergin teilt mit, dass der Flüchtlingsdruck in M-V immer stärker wird. So wurde beschlossen eine ad hoc AG zu den bevorstehenden Rechtsänderungen in den §§ 86-87 SGB VIII zu bilden.

Frau Lehm fragt nach dem Bearbeitungsstand der Ausnahmegenehmigungen nach § 11 Abs. 6 SGB VIII und bittet zu der nächsten Sitzung um einen Bericht zu diesem Thema.

### **TOP 13 Termine des LJHA für das Jahr 2015**

Die Termine für das nächste Jahr wurden den Mitgliedern bereits zugesandt. Nach einer kurzen Diskussion wurde angeregt, den Termin am 19.02.2015 per Doodle-Anfrage an alle Mitglieder mit Ausweichtermin am 29.01.2015 zu senden.

### **TOP 14 Sonstiges**

Herr Heibrock gibt die voraussichtlichen Tagesordnungspunkte für die nächste Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 04.12.2014 in Schwerin bekannt.

- Beschluss zur Satzung des Landesjugendamtes
- Arbeit der Unterausschüsse
- Sachstand der Unterausschüsse
- Fachstelle für Familienstärken (Bericht aus Neubrandenburg) (*nachfragen*)
- Frühe Hilfen, Bericht der Koordinierungsstelle
- Fachtagung zu 25 Jahre Jugendhilfe in M-V
- 24-Std. Kita, Arbeitgeberentlastungsunternehmen
- Kostenerstattungen für unbegleitete Minderjährige nach § 89d SGB VIII

Für das Protokoll

Für die Richtigkeit

Ina Siegert  
Landesjugendamt M-V

Friedhelm Heibrock  
Vorsitzender des 6. LJHA

### **Anlagen:**

1. Teilnehmerliste
2. Power-Point-Präsentation der Landeszentrale für politische Bildung
3. Korrigierte Beschlussvorlage 04/17/14